



EUROPA, ERHEB DICH!



WAHLPROGRAMM



democrats.eu

EUROPA, ERHEB DICH!

Erstmals in ihrer Geschichte könnte die Europäische Union – ein einzigartiges Projekt in der Geschichte unseres Kontinents – auseinanderbrechen, sich aufspalten, ja sogar sich komplett auflösen. Die Gesamtwirkung der Turbulenzen, die von der schlecht regulierten Globalisierung verursacht werden, die ersten wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Finanzkrise, die Auswirkungen einer noch nie da gewesenen technologischen Revolution und die chaotische Verwaltung der Migrationsströme haben politische oder extremistische Kräfte hervorgerufen, welche die Sorgen und Ängste verunsicherter und verstörter Bürger auszunutzen versuchen.

Europa braucht einen klaren Schnitt, eine tief gehende demokratische Reform. Die Bürger Europas sind von der Vision und dem Schicksal Europas ausgeschlossen worden. Doch ohne seine Bürger kann es Europa nicht geben.

Es ist Zeit für die Europäischen Demokraten, sich durchzusetzen.

Die Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten in Europa vorherrschend waren, sind nicht mehr in der Lage, den immensen Elan Europas, den die Gründungsväter hervorrufen konnten, neu zu beleben.

Sie sind erschöpft und haben die Menschen enttäuscht: Die Kluft zwischen den Bürgern Europas und den europäischen Institutionen wird immer größer. Die europäische Politik ist zudem nur zu häufig unzureichend oder unvollständig.

Nun ist es an der Zeit, dass Demokraten das Ruder übernehmen. Es ist unsere Aufgabe, unseren europäischen Traum mit den Bürgern zu teilen.

Wir leben unseren Werten entsprechend: Achtung der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Verantwortung.

Diese Werte werden in unseren Gesellschaften durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Achtung nationaler und sprachlicher Minderheiten, Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen und Investitionen in Jugend und Bildung verkörpert.

Die Europäische Demokratische Partei möchte und muss eine neue politische Zusammensetzung hervorrufen, dessen Ziel es sein wird, Europa wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Es fehlt nicht an Baustellen.

Die europäische Politik zur Bekämpfung des Klimawechsels gehört mit zu den ambitioniertesten der Welt. Doch während die USA den Pariser Abkommen den Rücken gekehrt haben, muss Europa mit einem ehrgeizigen Transitionsplan zu einer ökologischen Wirtschaft, die aus neuen Eigenmitteln finanziert wird und Millionen Arbeitsplätze schaffen wird, noch weiter gehen.

Wir haben eine einheitliche Währung geschaffen, aber sie hat noch immer keine politische Steuerungsfunktion. Es gibt keine Instrumente oder Haushaltsmittel, die es den Ländern der Eurozone gestatten, ihre Wirtschaftspolitik abzustimmen und im Falle asymmetrischer Schocks von der Solidarität ihrer Partner zu profitieren.

Wir haben eine Wirtschafts- und Währungsunion ins Leben gerufen und lassen es trotzdem zu, dass Mitgliedsstaaten in Steuersachen, und vor allem bei den Körperschaftssteuern, erbittert miteinander konkurrieren.

Wir erklären zwar unsere Entschlossenheit, die Europäische Union vor den Exzessen der Globalisierung zu schützen. Und doch überlassen wir strategische Unternehmen oder Infrastrukturen der Kontrolle unserer größten auswärtigen Wettbewerber und wir versäumen es, die Entstehung

europäischer Branchenriesen zu fördern, die imstande wären, sich dem Wettbewerb mit den Giganten unserer Konkurrenten zu stellen.

Die großen multinationalen Digitalkonzerne erwirtschaften beträchtliche Gewinne durch die Vermarktung der Daten der europäischen Bürger. Aber durch unsere Steuerpolitik zahlen sie weniger Steuern als unsere europäischen KMUs.

Wir haben kürzlich die Verabschiedung der Europäischen Säule sozialer Rechte in die Wege geleitet, und dennoch haben wir noch immer keine wirksamen Instrumente gegen Sozialdumping oder einen Fahrplan zur Förderung sozialer Konvergenz, einem zentralen Element zur Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts in Europa.

Wir haben offiziell zwar eine gemeinsame Grenze geschaffen, doch wir überwachen sie nicht gemeinsam und wir überlassen es den Mitgliedsstaaten im Süden Europas, Zehn-tausende Kilometer Meeresgrenze nahezu allein zu kontrollieren, und wir haben noch immer keine gemeinsamen Asylregelungen.

Wir üben Druck auf die afrikanischen Herkunfts- und Transitländer der Migranten aus, damit sie die Abwanderung ihrer Staatsangehörigen nach Europa begrenzen. Aber wir haben noch immer nicht den Marshallplan aufgesetzt, den Afrika braucht, um die Entwicklung eines Kontinentes mit einem rasanten Bevölkerungswachstum sicherzustellen.

Wenn wir die Mittel, die die EU-Mitgliedsstaaten für ihre Verteidigung aufwenden, zusammenrechnen, dann geben wir mehr Geld als Russland aus. Aber wir sind nicht in der Lage, europäische Streitkräfte in Konfliktzonen außerhalb der EU zu schicken, wenn dies nötig ist, oder Russland davon abzubringen, seine abenteuerliche und aggressive Politik gegen seine europäischen Nachbarn voranzutreiben.

Es ist eine enorme Herausforderung, und sie ist dringend.

Die EDP nimmt diese Herausforderung an.

Für uns ist es an der Zeit, Europa wieder aufzubauen.



ERSTE SÄULE

WAS UNS ZUSAMMEN LEBEN LÄSST

1.1 DEMOKRATIE: UNERLÄSSLICHE INSTITUTIONELLE REFORMEN

1.1.1 Länderübergreifende Listen

Die Europäische Union ist eine unvollendete Demokratie. Sicher, sie hat ein Parlament, dessen Befugnisse im Laufe der Zeit zugenommen haben. Doch seine Befugnisse bleiben begrenzt! Es verfügt über keine Kompetenz in Sachen Steuereinnahmen, es hat kein echtes Initiativrecht, und es spielt bei der Wahl der Mitglieder der europäischen Exekutive eine untergeordnete Rolle.

Doch vor allem ist seine Zusammensetzung vielmehr das Ergebnis nationaler Triebkräfte als Ausdruck einer echten europäischen Dynamik.

Die EDP befürwortet die Einführung länderübergreifender Listen zur Zuweisung einer erheblichen Anzahl der im Europäischen Parlament zu besetzenden Sitzen.

Damit werden Wähler in der Lage sein, zwischen Listen, welche Programme für ganz Europa vertreten, zu wählen.

1.1.2 Stärkung der partizipatorischen Demokratie

Zu viele Bürger nehmen die europäische Union als eine anonyme bürokratische Maschinerie wahr, die unempfindlich für ihre Probleme und Sehnsüchte und fernab ihrer Sorgen und Forderungen ist.

Die EDP möchte dazu beitragen, diese Kluft zu verringern. Sie fordert die Europäische Union auf, die notwendigen Mittel zu mobilisieren, um dafür zu sorgen, dass die Bürger von ihrem Recht, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten, wissen.

Die EDP hält es ebenfalls für dringend notwendig, die Regeln der Europäischen Bürgerbewegung zu überprüfen und zu lockern. Diese eröffnet den Bürgern die Möglichkeit, die Europäische Kommission aufzufordern, einen Rechtsakt zu einem Thema, das sie bewegt, vorzuschlagen.

1.1.3 Bestrafung des Missbrauchs der Autorität durch einen Mitgliedsstaat

Ange­si­cht der Re­ge­lun­gen, wel­che manch­mal Ein­stim­mig­keit er­for­dern, ist es nicht hin­neh­m­bar, dass ein Mit­glieds­staat, der zu po­pu­lis­ti­schen und so­gar to­ta­li­tä­ren Ten­den­zen hin ab­ge­lei­tet, in der La­ge sein könn­te, al­len an­de­ren Mit­glieds­staa­ten der Eu­ro­päi­schen Union sei­nen Wil­len auf­zu­zwin­gen. Grund­de­mo­kra­ti­sche Völ­ker und Na­tio­nen dür­fen und könn­en nie­mals ak­zep­tie­ren, dass der­ar­ti­ge Re­gi­mes die Eu­ro­päi­sche Union läh­men und blockie­ren.

Die EDP befürwortet die Einführung des EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte. Mit dieser Entschlie­ßung des Eu­ro­päi­schen Par­la­ments wird der Eu­ro­päi­sche Ge­richts­hof da­bei ge­stärkt, sich mit Ver­stö­ßen ge­gen die Rechts­staat­lich­keit in EU-Mit­glieds­staa­ten zu be­fas­sen.

An­ge­si­chts der Ri­si­ken po­pu­lis­ti­scher, gar au­to­ri­tä­rer Aus­wüch­se, mit de­nen Eu­ro­pa kon­fron­tiert wird, möch­ten wir für die Ein­füh­rung **eines Sys­tem eintre­ten, in dem die Missach­tung der Grund­wer­te (Ar­ti­kel 7 des Ver­tra­ges von Lis­sa­bon) fol­gen­de Kon­se­quen­zen hät­te:**

> Einfrieren sämtlicher europäischer Finanzhilfen

> Aussetzung sämtlicher Stimmrechte bei einstimmigen Entscheidungen.

Als Über­brückungs­maß­nah­me des Ver­fah­rens ge­mäß Ar­ti­kel 7 des Ver­tra­ges von Lis­sa­bon könn­en ge­eig­ne­te Per­so­nen und Or­ga­ni­sa­tio­nen aus dem Mit­glieds­staat eu­ro­päi­sche Fi­nanz­mit­tel un­mit­tel­bar bei der Eu­ro­päi­schen Kom­mis­sion bean­tra­gen.

1.2 BEKRÄFTIGUNG UNSERER GEMEINSAMEN WERTE

Die Eu­ro­päi­sche Union, wie je­de an­de­re po­li­ti­sche Ge­mein­schaft auch, braucht zur Ge­währ­lei­stung ih­res Zu­sam­men­halts, zur Steu­erung ih­rer Ent­schei­dun­gen und de­ren Legi­ti­mie­rung ge­mein­sa­me Wer­te und Maß­stä­be.

Diese un­se­rer ge­mein­sa­men Iden­ti­tät zu­grun­de lie­gen­den Wer­te wur­den über vie­le Jahr­hun­der­te be­we­gter Ge­schichte ge­prägt. Sie wur­den zu man­chen Zei­ten ver­nach­läs­sig­te, zu an­de­ren mit Fü­ßen ge­tre­ten, aber sie ha­ben am En­de im­mer ge­siegt.

Diese Werte sind stark: Achtung der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Verantwortung.

Sie werden in unseren Gesellschaften durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Achtung nationaler und sprachlicher Minderheiten, Gleichberechtigung der Geschlechter und Gewaltenteilung verkörpert. Selbst wenn sie in den Gründungsverträgen bereits enthalten sind, werden sie ihre wahre Größe erst entfalten, wenn sie in goldenen Buchstaben in der von uns angestrebten Europäischen Verfassung niedergelegt sind.

1.3 DIE SCHLÜSSEL ZUR ZUKUNFT

Bildung und Austausch sind die zwei wichtigsten Schlüssel für die Zukunft.

Die Intensivierung politischen und kulturellen Austauschs zwischen den Bürgern stellt eine zentrale Rolle bei der Bildung einer europäischen Identität dar und regt Arten der Zusammenarbeit unter den europäischen Bürgern an.

Das Erasmus-Programm spielt eine entscheidende Rolle beim Ausbau gegenseitiger Kenntnisse über verschiedene europäische Kulturen, dem Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses und dem Entstehen eines europäischen Volkes.

Die EDP fordert, dass Erasmus von höheren Finanzmitteln profitiert – und zwar in Höhe einer Aufstockung um das Dreifache seines Jahresetats – und dass das Programm auf junge Auszubildende, Künstler und junge Unternehmer ausgeweitet wird.

Wir brauchen unsere jungen Leute, um eine gemeinsame europäische Geschichte zu gestalten, und um die Arbeit unserer gemeinsamen Institutionen auf der Grundlage einer gemeinsamen Region zu kennen und zu verstehen. Um einen europäischen öffentlichen Raum zu verwirklichen, ist es unerlässlich, Grenzen zu überschreiten, nämlich durch Kommunikationsmittel auf europäischer Ebene, die zur Bildung eines gemeinsamen europäischen Raumes, welcher die nationalen, regionalen und lokalen Räume ergänzt, beitragen. Die EDP möchte ein europäisches, auf die Jugend ausgerichtetes Medium einrichten, welches für unsere gemeinsame Zugehörigkeit ein Bewusstsein schafft und von den Behörden gefördert werden könnte, so wie dies bereits bei Arte der Fall ist.



2

ZWEITE SÄULE NACHHALTIGES UND GEMEINSAMES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

2.1 WIEDERBELEBUNG DER EUROZONE, DES KAMPFES UM INNOVATIONEN UND DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIEPOLITIK

2.1.1 Eine starke und demokratisch verwaltete Eurozone

Von allen Errungenschaften der Europäischen Union ist der Euro zweifelsohne die größte. Seit seiner Einführung hat er die ihm von den Verträgen zugedachten Aufgaben erfüllt: die Sicherstellung der Preisstabilität und die Förderung des Handels. Der Euro diente auch als Puffer gegen den durch die Finanzkrise von 2008 ausgelösten Schock, hatte eine unterstützende Funktion des Umgangs mit öffentlichen Defiziten und sorgte für Liquidität zur Steigerung des Wachstums.

Während der Erfolg des Euros außer Frage steht, ist die Leistung des Euroraumes weit umstrittener. *In den letzten Jahren war die Arbeitslosenquote in der Eurozone (zu der 19 Ländern gehören) dauerhaft höher als in den 28 Ländern der Europäischen Union.* Während des gleichen Zeitraumes - und dies ist noch immer der Fall - ist die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes der Eurozone niedriger als die der 28 Mitgliedsländer der Europäischen Union. Darüber hinaus unterscheiden sich selbst innerhalb der Eurozone die Leistungen der Länder stärker voneinander, als dass sie übereinstimmen.

Für die Bürger ist der Euro ein echtes Paradoxon: Er verkörpert das, was dem Bürger am Nächsten ist (das Geld in seinem Portemonnaie), aber zugleich auch das, was am Wenigsten mit ihm zu tun hat (die Währung eines unbestimmten Gebietes, welche von Autokraten in undurchsichtigen Institutionen verwaltet wird).

Die Zukunft des Euros und der Eurozone verlangt es, dass diese Unterschiede in der Wahrnehmung und der Leistung miteinander in Einklang gebracht werden.

Der Vorschlag der EDP zur Wiederbelebung der Eurozone basiert vor allem auf einer [abgestimmten Konvergenzinitiative, welche die proeuropäischen und proaktiven Mitglieder der Eurozone \(von 5 und 7 Ländern\), darunter das französisch-deutsche Bündnis, betrifft](#). Diese Länder würden gemeinsam ein Konvergenzziel für das wirtschaftliche Regulierungsumfeld, steuerliche Grundsätze sowie das Sozial- und Arbeitsrecht festlegen. Sie würden sich zu einem oder zwei gemeinsamen Investitionsprojekten im Bereich Innovation, im Bereich Digitales oder der Zukunftsindustrie (zum Beispiel eine Agentur für digitale und künstliche Intelligenz) beraten.

Sie würden sich diesem Ziel jeweils frei und durch ihre nationalen Prozesse parallel zu den anderen über einen übersehbaren Zeitraum (3 Jahre) nähern; kurz gesagt, es handelt sich hier um eine Art parallele Konvergenz.

Der andere Schlüssel zur Neubelebung des Euroraumes ist natürlich die Bildung [von Eigenmitteln, die von nationalen Steuern abgezogen werden, etwa eine Finanztransaktionssteuer oder eine Steuer für Internetriesen](#). Dies schließt die Finanzierung neuer Regelungen und des Ausgleiches für den Verlust von Haushaltsmitteln durch den Brexit mit ein. Es geht nicht darum, ein europäisches System zur Erhebung von Steuern einzuführen oder die Steuerlast der europäischen Bürger zu erhöhen.

Die EDP hält es auch für möglich und wünschenswert, die Regierungsführung des Euroraumes zu stärken, ohne dabei die Verträge ändern zu müssen, indem:

> [ein interparlamentarischer Finanzausschuss für den Euroraum zur Ausübung der demokratischen Kontrolle eingerichtet wird](#). Dieser parlamentarische Ausschuss würde sich auf die Finanzfragen des Euroraumes und seines Haushalts konzentrieren. Er würde von ständigen Mitgliedern der Finanzausschüsse der nationalen Parlamente und Mitgliedern des ECON-Ausschusses des Europäischen Parlamentes zusammengesetzt werden. Die Aufgaben des Ausschusses bestünden in der Überwachung von Entscheidungen, die sich unmittelbar auf Wirtschaftsfragen und Haushaltsfragen der Eurozone auswirken, sowie in der Verbesserung der Verbindung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene in Haushalts-angelegenheiten.

- > ein speziell für die Eurozone verantwortlicher Vizepräsident der Europäischen Kommission ernannt wird, der mit den betroffenen Nationalparlamenten und dem interparlamentarischen Ausschuss im unmittelbaren Dialog steht.

Zur Bewältigung künftiger Krisen hat die EU die europäische Währungsunion mit einer umfassenden Bankenunion, wozu auch eine gemeinsame Einlagensicherung gehört, zu vollenden.

2.1.2 Investitionen in Forschung und Innovation

Forschung und Innovation haben schon immer eine entscheidende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und das Wirtschaftswachstum gespielt. Dies gilt heute, zu Zeiten des technologischen Umbruchs und noch nie da gewesener Herausforderungen zum Schutz unseres Planeten vor der Erderwärmung, neuer Sicherheits- und Verteidigungsbedrohungen, ausgeprägteren Bestrebungen der Öffentlichkeit nach wahrer Lebensqualität und einer größeren Achtung vor der Umwelt, umso mehr.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, muss Europa mehr tun.

In der Tat beträgt der Anteil der EU am BIP, der für Forschung und Entwicklung aufgewandt wird, nur 2,03 %. Damit liegt er fast einen Prozentpunkt unter dem angegebenen Ziel (3%). Schlimmer noch, 17 der 28 Mitgliedsstaaten geben weniger als 1,5 % ihres BIP dafür aus. Insgesamt liegt die EU fast einen Prozentpunkt hinter den USA und 1,5 Prozentpunkte hinter Japan, von China ganz zu schweigen.

Die EDP möchte, dass die EU eine führende Weltwirtschaftsmacht bleibt. Und darum verlangt die EDP:

- > dass die Mittel für das künftige Europäische Forschungsrahmenprogramm (Horizon Europe) auf mindestens 120 Milliarden Euro aufgestockt werden,
- > dass der für Forschung und Entwicklung aufgewandte Anteil des Strukturfonds erhöht wird,
- > dass dem künftigen Europäischen Investitionsfonds (Invest EU) die erforderlichen Mittel zugewiesen werden, um den privaten Sektor



dazu zu bewegen, in den nächsten sieben Jahren zusätzliche Investitionen von bis zu weiteren 200 Milliarden in Forschung und Innovation zu tätigen.

- > dass ein ambitioniertes neues Programm zur Unterstützung der Digitalwirtschaft und der künstlichen Intelligenz eingeführt wird,
- > die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung hauptsächlich auf die Wissensinfrastruktur zu konzentrieren.

2.1.3 Umsetzung einer echten Industriepolitik

Über Jahrhunderte bildete die Industrie die Grundlage für die Macht der europäischen Staaten, besonders im 19. und 20. Jahrhundert. Dies ist auch heute noch der Fall, auch wenn der Dienstleistungssektor allmählich eine herausstechende Rolle eingenommen hat.

Die Zahlen sprechen für sich. Die europäische Industrie schafft Arbeitsplätze für mehr als 30 Millionen Menschen. Sie produziert 17 % der in Europa erzielten Wertschöpfung und stellt fast 70 % der Gesamtexporte. Jeder Arbeitsplatz in der Industrie zieht direkt oder indirekt die Schaffung zwei weiterer Arbeitsplätze in der Wertschöpfungskette nach sich. Dennoch kann man nicht sagen, dass es in Europa eine echte Industriepolitik gäbe. Die einzige, die es gab – nämlich für Kohle und Stahl – wurde abgeschrieben.

Es ist richtig, dass die EU in vielen Wirtschaftszweigen weiterhin zu den Weltführern zählt: Chemie, Pharma, Metallindustrie, Transportwesen (Luft, Bahn, Straße) usw. Doch in den Zukunftsbranchen bleiben wir hinter den USA zurück und werden durch Chinas Aufstieg zur Macht bedroht.



Eine schnelle Reaktion ist dringend nötig. Dies sind die Vorschläge der EDP:

- > Entwicklung und Umsetzung einer Strategie für die Entwicklung der europäischen Industrie in den Schlüsselbranchen der Zukunft: Digitalisierung, künstliche Intelligenz, kohlenstoffarme Technologien, Raumfahrt ...
- > Die Umsetzung eines Systems zur vorherigen Bewilligung von Übernahme-versuchen von europäischen Unternehmen und als strategisch definierten Infrastrukturen durch ausländische Investoren.
- > Überprüfung der aktuellen Wettbewerbsregeln mit dem Ziel, der Entstehung europäischer Wirtschaftsriesen durch auf dem Weltmarkt agierende Unternehmen nicht im Wege zu stehen.
- > Einführung eines schnelleren und wirksameren Antidumping-Programmes zur Sanktionierung von Importen, die nicht den Regeln des fairen Wettbewerbs entsprechen.

2.2 ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN SOZIALPOLITISCHEN SÄULE

Trotz der Vorhaben in den Verträgen ist das soziale Europa bislang für eine funktionale Ideologie instrumentalisiert und dieser unterworfen worden. Dies liegt an der Annahme, dass eine gesellschaftliche Integration automatisch als Folge der Marktintegration eintreten würde. Diese Annahme hat sich nicht bestätigt, und die letzte Krise hat große soziale Ungleichheiten unter den europäischen Bürgern und die Nichterfüllung verschiedener sozialer Bedürfnisse aufgezeigt.



Vor diesem Hintergrund macht die Europäische Demokratische Partei folgende Vorschläge:

Die Europäische Säule sozialer Rechte hat für die EDP in den nächsten Jahren eine der höchsten Prioritäten: [Im Idealfall sollte in einem bestimmten Vertrag zum Sozialen Europa ihre allgemeinen Ziele und ihr Umfang gemäß dem Subsidiaritätsprinzip festgelegt werden.](#)

In der nahen Zukunft fordern wir europäische Institutionen auf, einen Fahrplan für die Entwicklung dieser sozialen Säule auszuarbeiten. Diese Säule soll die Vollendung des Binnenmarkts mit der stufenweisen Umsetzung einer echten Konvergenzstrategie hinsichtlich Arbeitsbedingungen, Mindestlöhne, Bekämpfung des Sozialdumpings, eines garantierten Mindesteinkommens und garantierter Mindestrenten miteinander verbinden. Ziel ist es, allen Europäer unter Berücksichtigung der unterschiedlich hohen Lebenshaltungskosten in den Mitgliedsstaaten das Recht auf ein menschenwürdiges Leben zu garantieren und zugleich nachhaltiges Wachstum und eine solide Verwaltung öffentlicher Gelder sicherzustellen.

Rechtlich ist insbesondere der Gleichstellung der Geschlechter beim Zugang zu Beschäftigung sowie gleicher Bezahlung (für gleichwertige Arbeiten) Vorrang zu geben.

Zur Entgegenwirkung negativer Globalisierungseffekte empfehlen wir die Förderung der Sozialwirtschaft und assoziative Arbeitsmodelle, z. B. kollektive Zusammenarbeit.



Wir möchten, dass der Europäische Globalisierungsfonds vorbeugend agieren kann, d. h. noch vor Entlassungen und Standortverlagerungen von Unternehmen.

Die Europäische Säule Sozialer Rechte sollte konkrete Vorschläge zu Schlüsselbereichen der Politik vorlegen, so z. B. zur Hilfe für Familien und Kinder, zur Steigerung der Geburtenraten, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Langzeitpflege älterer Menschen, insbesondere abhängiger Personen.

Ebenso sollten Vorschläge für eine Verbesserung der [sozialen Inklusion junger Arbeitskräfte unter 30 Jahren und älteren Arbeitskräfte über 50 Jahren in den Arbeits- und Wohnungsmarkt unterbreitet werden](#).

Abschließend befürworten wir im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und der Verhältnismäßigkeit die da die Umsetzung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, darunter der sozialen Innovations- und Gleichstellungspolitik, noch unterhalb der nationalen Ebene erfolgt.

2.3 BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS

Die europäische Politik zur Bekämpfung des Klimawandels gehört seit Jahren zur ambitioniertesten weltweit: Die europäischen 3 x 20 - Ziele (Senkung der CO₂-Emissionen um 20%, Erhöhung des Anteils von erneuerbarer Energie um 20%, Senkung des Energieverbrauchs um 20%, und zwar alles bis 2020).



Doch während die USA den Pariser Abkommen von 2015 den Rücken gekehrt haben, muss Europa wieder die Initiative ergreifen. In diesem Zusammenhang bekräftigt die EDP ihre Überzeugung, **dass der Übergang hin zu einer grünen Wirtschaft die dritte industrielle Revolution darstellen muss**, Millionen Arbeitsplätze in Europa und weltweit schaffen wird, und gibt folgende Empfehlungen ab:

- > **Festlegung eines Preises auf Treibhausgasemissionen.** Kohle ist Hauptverursacher der Erderwärmung. Heutzutage ist Kohle billiger als umweltfreundlicheres Gas. Die Festsetzung eines Preises auf Treibhausgasemissionen ist ein aussagekräftiges und von den Unternehmen erwartetes Signal zur Umbesinnung auf erneuerbare Energien.
- > **Ausweitung der Steuer auf Finanztransaktionen.** Als innovative, nachhaltige und nichtdiskriminierende Finanzquelle kann sie zur Einrichtung eines globalen Investitionsfonds zur Senkung von Treibhausgasemissionen genutzt werden.
- > **Einrichtung globaler Instrumente zur Überwachung und Bewertung der von den Mitgliedsstaaten auf der COP21 abgegebenen Verpflichtungen.** Diese Instrumente stellen eine Garantie dar, dass die eingegangenen Verpflichtungen im Sinne der Transparenz und der gemeinsamen Verantwortung erfüllt werden. Durch sie können die Verpflichtungen auch alle fünf Jahre nach oben angepasst werden.



- > Die Verfolgung einer ehrgeizigeren Politik zur Bewältigung von Problemen, welche Wälder, Landwirtschaft, Landschaften und Lebensmittel betreffen. Vor allem möchten wir Begrünungsprogramme in städtischen Gebieten, die im Sommer Hitzewellen besonders stark ausgesetzt sind, und Programme für einen besseren Schutz der Wälder und Bäume (vor allem in städtischen Gebieten) einführen.
- > Einrichtung eines [europäischen Katastrophenschutzes](#) für den Einsatz bei Naturkatastrophen in den jeweiligen Ländern.
- > Dem Beispiel der Gemeinsamen Agrarpolitik folgend, der Entschluss zur Schaffung einer [Gemeinsamen Energiepolitik](#), dessen Gründungsakt darin bestünde, einen von der Europäischen Investitionsbank unterstützten 100 Milliarden Klima-Investitionsplan für den Zeitraum von 2019-2024 festzulegen, mit dem Mitgliedsstaaten, lokalen Behörden und Unternehmen die nötigen Mittel als Darlehen zur Verfügung gestellt werden, um ihre Investitionen in den folgenden vier Bereichen zu verzehnfachen: Energetische Gebäudesanierung, intelligente Netze, Energiespeichersysteme und Erzeugung erneuerbarer Energien.
- > Neustrukturierung der europäischen Governance für das Meer und die Ozeane zur Stärkung der Führungsrolle Europas.
- > Verbot von nicht recycelbarem Plastik bis 2025 und Beendigung vorprogrammierter Veralterung von Waren (Obsoleszenz) durch die Verlängerung von Garantien.



Die zweite Priorität der EDP ist der Einsatz für den [Erhalt der biologischen Vielfalt](#): Wir haben die europäische Ambition, dass ihr die gleiche Bedeutung wie dem Klimawandel zugemessen wird. Die Europäische Demokratische Partei möchte das volle Bewusstsein auf dieses Anliegen lenken und folgende Empfehlungen aussprechen:

- > Wiederaufnahme eines Dialoges zwischen den EU-Ländern zur Planung eines Verbots der giftigsten chemischen Substanzen und zur Begleitung einer jeden diesbezüglichen Entscheidung durch einen Begleitplan für die von diesen Verboten am stärksten betroffenen Fachkräfte und Branchen. In jedem Fall: Vorbereitung einer neuen Entscheidung zum Verbot von Glyphosat bis 2023 (und nicht nur eine Wiederzulassung).
- > Veranlassung einer Reihe von Maßnahmen für Waren, die in den EU-Raum eingeführt werden und nicht den Umweltmaßnahmen, die wir unseren Herstellern und Unternehmen auferlegen, entsprechen.
- > Verabschiedung eines Aktions- und Unterstützungsprogrammes für Schäfereien, die in unmittelbarer Umgebung großen Raubtieren (Bären, Wölfen, Luchsen usw.) ausgesetzt sind.

2.4 EIN NEUES MODELL NACHHALTIGER LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

Die EDP erkennt zwar den Mehrwert der europäischen Landwirtschaft an, unterstützt aber die [Entwicklung eines neuen nachhaltigen, effizienten und produktiven Agrarmodells, das hochgesteckte wirtschaftliche](#)



und ökologische Ziele zugunsten der Landwirte, Verbraucher, ländlichen Gemeinden und der Umwelt miteinander kombiniert.

Die EDP möchte, dass Nachhaltigkeit, Innovation und Lebensmittelsicherheit in allen Teilen der EU sowie Wettbewerbsfähigkeit und Bekämpfung des Klimawandels die Hauptantriebskräfte der Reform sind.

Zudem sollte [der Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik ausreichen, um eine angemessene Finanzierung ihrer Ziele zu gewährleisten](#) und jede Möglichkeit einer Renationalisierung in der Zukunft zu vermeiden.

Die EDP [befürwortet eine Gemeinsame Agrarpolitik](#), die allen Landwirten gegenüber gerecht ist. Wir sind uns jedoch der Tatsache bewusst, dass nationale Bedingungen, Produktionskosten und der allgemeine Lebensstandard nicht überall in Europa gleich sind. Dies muss bei der Neuverteilung von Beihilfen berücksichtigt werden. Daher sind wir der Meinung, dass ein EU-weites pauschales Zahlungssystem die landwirtschaftliche Vielfalt in der EU nicht angemessen widerspiegeln würde. Die Gemeinsame Agrarpolitik sollte zudem die Ziele der Europäischen Sozialen Säule im Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit in ländlichen Gegenden widerspiegeln.

Wir unterstützen die kontinuierliche Marktorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik und sprechen uns gegen die Rückkehr zu einer gescheiterten Politik aus. Dabei bestehen wir darauf, dass dies nicht zu Lasten der Lebensmittelsicherheit und –qualität, dem Tierwohl, der Umwelt oder der [Fähigkeit der Landwirte, mit der Versorgung des Marktes mit ihren Produkten ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften](#), geschehen darf.



Die EDP befürwortet eine Gemeinsame Agrarpolitik, die eine Vielzahl von Agrarmodellen fördert, und unterstützt eine allmähliche Wende hin zu [landwirtschaftlichen Methoden, mit denen der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln minimiert wird und diese durch umweltfreundlichere Alternativen ersetzt, hohe Standards im Tierschutz gewährleistet und die Rückverfolgbarkeit erhöht werden](#), Gesundheits- und Pflanzenschutzstandards sichergestellt, biologische Vielfalt bewahrt und wiederhergestellt und Lebensmittelabfälle bekämpft werden. Diese Maßnahmen sollten von konkreten Zielen und Indikatoren, sofern machbar, begleitet werden.

Wir unterstützen eine künftige Gemeinsame Agrarpolitik, die besonderen Wert auf die Bedeutung der Entwicklung von [Qualitätssystemen für Lebensmittel wie geografische Angaben](#) legt und diese fördert, und die den von der europäischen Landwirtschaft geschaffenen Mehrwert anerkennt. Qualitätsprodukte aus der EU sind Teil der Kultur und des kulturellen Erbes der EU und stellen weltweit einen hohen europäischen Wert dar und sind der Schlüssel zur Ankurbelung der Wirtschaft und der KMUs in ländlichen Gegenden.

Abschließend vertritt die EDP die Ansicht, dass [Investitionen in Innovation, Digitalisierung, Bildung und berufliche Bildung maßgeblich für die Zukunft der europäischen Landwirtschaft sind](#) – um „das, was wir wissen, mit dem zu verbinden, was wir anbauen“.

Auch bei der Gemeinsamen Fischereipolitik handelt es sich um eine Schlüsselpolitik der Europäischen Union. Die Einhaltung aller Regelungen



sollte notwendig sein, um die Arbeitsplätze unserer Fischer und die Umwelt der Meere zu schützen. Ein ordnungsgemäß funktionierendes Kontrollsystem würde zur Lebensfähigkeit der gesamten Branche beitragen. [Besondere Aufmerksamkeit sollte der Billigung neuer Protokolle zu Partnerschaftsabkommen](#), die bereits im Fischereisektor gelten, zu-kommen. Der Brexit wird wahrscheinlich erhebliche Auswirkungen auf gemeinsame Fischbestände und den Marktzugang haben; daher genießt ein Fischereiabkommen Priorität.

2.5 VERKEHR. HIN ZU EINEM INTEGRIERTEN EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSSYSTEM

Die Bildung eines integrierten Systems zur nachhaltigen Mobilität, das sich sowohl für die Nutzer als effizient als auch im Rahmen des Binnenmarktes für Unternehmer als offen und wettbewerbsfähig erweist, ist ein vorrangiges Ziel der Europäischen Demokratischen Partei, denn:

- > ein derartiges System [ist für die Gewährleistung der Freizügigkeit von Waren und Personen und des ordnungsgemäßen Funktionierens des Binnenmarktes unerlässlich](#).
- > Es [ist für den Erfolg der Klimaschutzpolitik und der Politik der Energiewende entscheidend](#). Derzeit ist der Verkehr für ein Drittel des Endenergieverbrauches in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Umweltagentur verantwortlich. Die überwiegende Mehrheit davon ist fossilen Ursprungs. Ein Fünftel der Treibhausgasemissionen in der EU rühren vom Verkehr her.



- > Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist sie von entscheidender Bedeutung, weil die Sättigung und die Probleme der Mobilität von Waren und Menschen für die Unternehmen und Verwaltungen pro Jahr Kosten von 1 % des BIP der EU verursachen. Dieser hohe Betrag schlägt sich auf die Endkosten unserer Produkte nieder. Das aktuelle Verkehrsmodell führt zu einer starken Abhängigkeit vom Import fossiler und nicht erneuerbarer Brennstoffe, die aus Gegenden der Welt mit Stabilitätsproblemen stammen.

Der Vorschlag der EDP beinhaltet drei Elemente:

2.5.1 Die Schaffung eines integrierten Mobilitätssystems, welches den Nutzern Folgendes bietet

- > eine Kontrolle der vertraglichen Leistungen in Bezug auf Preise und Zeiten,
- > die Erbringung von Transportleistungen vom ersten bis zum letzten Kilometer im Rahmen eines Kaufes oder einer Vertragsdurchführung,
- > die automatisierte und intelligente Verknüpfung verschiedener für den Güterverkehr oder den Personenverkehr eingesetzten Transportmittel.

2.5.2 Ein einheitlicher rechtlicher Rahmen, der Sicherheit bietet

- > Vertiefung des Grundsatzes eines einheitlichen Luftraumes, (rechtliche und technische) Interoperabilität im Schienenverkehr und die Vermeidung von Problemen des Sozialdumpings, welche eine weitere Ursache der Markt-fragmentierung darstellen.



- > Intelligente Gesetzgebung, standardisierte Begriffsbestimmungen, Vereinfachung von Prozessen, Reduzierung bürokratischer Hürden und einfachere Bewertung der Ergebnisse.

2.5.3 Eine Industriepolitik für den Sektor

- > **Wiederbelebung des Transportwesens als Erzeuger von Arbeitsplätzen** durch Ausbildung von Fachleuten, Unterstützung von Unternehmern, und Engagement für die F&E zur Unterstützung neuer Unternehmen, welche Intermodalität und Verwaltung von „Big Data“ in Bezug auf den Waren- und Personenverkehr zur Folge haben werden.
- > **Förderung der progressiven Senkung des Kohlenstoffanteils in den Kraftstoffen** von sämtlichen Transportmitteln und eine allmähliche Anpassung dahin gehend, dass die gewählte Transportart die beste Leistung für den jeweiligen Zweck bietet.
- > **Unterstützung der Steigerung der E-Mobilität von Fahrzeugen** und Förderung von Instrumenten, mit denen von fossilen Brennstoffen auf Elektrofahrzeuge umgestiegen werden kann (Ladesysteme und -stationen, Prämien für den Kauf von Elektroautos und Ladesysteme für erneuerbare Energien für Privathaushalte).
- > **Förderung der globalen Führungsrolle der EU bei der Erbringung von Transport-leistungen und der Bereitstellung von Waren, Ausrüstungen und Transport-technologien.**



DRITTE SÄULE

WAS EUROPA DER WELT ZU SAGEN HAT – EIN MACHTVOLLES EUROPA

3.1 EINE KOHÄRENTE UND AKTIVE EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK DER ZUKUNFT

Die EU muss auf ihre benachbarten Regionen und die Welt Einfluss nehmen – durch Förderung von Frieden, Stabilität, Wohlstand und Sicherheit. Um wesentliche Ergebnisse zu erzielen, benötigen wir eine kohärente und aktive Außenpolitik. Die EDP vertritt die Ansicht, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich mit einer entschlossenen Stimme zu den großen Fragen der heutigen Welt äußern sollten. Die derzeitige Lage einer schwachen Politik spiegelt das wahre Potenzial der Union keinesfalls wider. Wir sollten unsere internen Regelungen der Beschlussfassung und des Engagements in internationalen Angelegenheiten weiter überprüfen, damit sie eine echte Wirkung entfalten und mehr Anerkennung erfahren, [um so die EU von einer sanften Macht in einen echten Global Player zu verwandeln](#).

Die künftige europäische Außenpolitik sollte auf einer entscheidenden Tatsache beruhen: Europa ist nicht nur ein Kontinent, nicht nur ein politischer und kultureller Raum, nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern vor allem ist Europa ein Instrument zur weltweiten Konfliktlösung. So werden wir von der ganzen Welt gesehen, und unsere Außenpolitik muss auf dieser Grundlage gestaltet werden. Wir haben uns von einem ‚Kriegsgebiet‘ mit ‚Erbfeinden‘ in eine demokratische Einheit des Friedens und der Entwicklung, deren Berufung es ist, ‚Frieden zu stiften‘, verändert.

In der Welt [bleiben die USA unser Verbündeter und ein wichtiger Gesprächspartner, aber wir müssen die aktuellen aufgeworfenen Handels- und Zollfragen durch Dialog sowie Überzeugungsarbeit lösen. Zugleich dürfen Russland und dessen Rolle in der Welt nicht außer Acht gelassen werden](#). Zwischen der russischen Regierung und der Europäischen Union bestehen Konfliktpunkte und wichtige Aspekte der Zusammenarbeit, an denen wir weiterhin entschlossen arbeiten



sollten. In Hinblick auf die aufstrebenden Weltmächte sind unsere Handelsabkommen sowie eine aktive Diplomatie unverzichtbar. In dieser Hinsicht sollte die gemeinsame europäische Außenpolitik ihr Augenmerk besonders auf eine echte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union richten.

Unsere Nachbarschaftspolitik sollte energischer verfolgt werden. Wir müssen uns aktiver bei unseren Nachbarn im Westbalkan einbringen. Wir müssen sie überzeugen, die nationalistische Tonalität aufzugeben, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu achten, demokratische Standards voll und ganz zu übernehmen und ihre Wirtschaft und Verwaltung zu reformieren.

Die EDP unterstützt die Haltung der griechischen Union der Zentristen (Enosi Kentroon), welche das griechische Volk dazu aufruft, sich nach den Parlamentswahlen in Griechenland in einer Volksabstimmung für den endgültigen Namen FYROM zu entscheiden. Denn die griechischen Bürger waren vor der Unterzeichnung des Abkommens von Prespes nicht gefragt worden.

Was die Lage in Zypern betrifft, so sieht eine europäische Lösung zwingend den Rückzug der türkischen Armee und Siedler sowie die Abschaffung des Garantiesystems durch die beteiligten Mächte vor. Das Garantiesystem hat in der Vergangenheit den Weg für die militärische Intervention frei gemacht.

Weiter östlich verfolgt die Regierung in Ankara eine aggressive Außenpolitik und eine autoritäre Innenpolitik. Es sollte klar sein, dass sämtliche Formen der Aggression gegen EU-Mitgliedsstaaten, darunter Zypern und Griechenland, oder Nicht-EU-Länder wie Syrien und den Irak, eingestellt werden müssen. Die Türkei hat die Existenz des kurdischen



Volkes anzuerkennen und ihm das notwendige Maß an Autonomie zu gewähren.

Unsere Östliche Partnerschaft ist unabdingbar, vor allem mit [Partnern, mit denen wir Assoziierungsabkommen unterzeichnet haben](#) (z. B. Ukraine, Georgien, Republik Moldau), aber auch mit anderen Partnern mit anderen Bedürfnissen und Perspektiven (z. B. Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland). Ebenso dürfen auch unsere südlichen Nachbarn, welche eine größere Vielfalt aufweisen, nicht vernachlässigt werden. Wir müssen realistische und maßgeschneiderte Lösungen erarbeiten, [um die nord-afrikanischen und arabischen Länder in unserer Nähe anzusprechen](#). Die Europäische Union sollte sich weiterhin für den Friedensprozess im Nahen Osten engagieren. Die Dimension unseren außenpolitischen Handels im Osten und im Süden sollte ausgewogen sein.

3.2 SICHERHEIT AND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

3.2.1 Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union stützt sich vor allem auf die Umsetzung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ oder PesCO auf Englisch).

Dieses Instrument wurde durch den Vertrag von Lissabon eingeführt, welcher die Einrichtung einer Kerngruppe von Staaten der Europäischen Union zur Entwicklung ihrer Zusammenarbeit im Verteidigungsbericht ermöglicht. Es wurde 2017 durch eine große Gruppe von 25 Mitgliedsstaaten (der nur das Vereinigte Königreich, Dänemark und Malta nicht angehören) angestoßen. Die SSZ [versetzt eine Gruppe von Mitgliedsstaaten in die Lage, gegenseitig Verpflichtungen zur Anhebung und Abstimmung ihrer Verteidigungsausgaben einzugehen, an den europäischen Rüstungskooperationsprogrammen teilzunehmen und die operativen Kapazitäten ihrer Streitkräfte zu stärken](#). Zwischenzeitlich



ist mit dem Europäischen Verteidigungsfonds zur Finanzierung militärischer Forschungsprojekte (13 Milliarden Euro) ein zweiter Mechanismus aufgebaut worden. Und im Juni 2018 wurde die Europäische Interventionsinitiative (EI2) gegründet, mit der 9 Länder gemeinsam Interventionen außerhalb der EU vornehmen können.

Zusätzlich sollte auf europäischer Ebene ein Modell zur Regulierung und Verteidigung des Cyberspace angestrebt werden. In der Tat ist der Cyberspace zu einem Ort der Konfrontation geworden, an dem offensive Aktionen gegen die Computersysteme von Staaten, kritische Infrastrukturen oder Unternehmen von strategischem Interesse Alltag geworden sind und sich nun uneingeschränkt auf unsere Verteidigung und innere Sicherheit auswirken können als auch systemische Wirkungen auf die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaften verursachen können. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Angriffe bald tödlich enden werden. Daher muss die EDP zu einer Kraft werden, die Vorschläge unterbreiten kann, damit auf europäischer Ebene eine wirkungsvolle strafrechtliche Antwort auf die Cyberkriminalität gegeben wird, eine gemeinsame Kultur der IT-Sicherheit gefördert wird sowie ein Beitrag zu einem verlässlichen und sicheren digitalen Europa erwirkt werden kann.

3.2.2 Kampf gegen die Terrorgefahr

Heute – und in den letzten Jahren – ist Sicherheit die größte Sorge aller Bürger der Europäischen Union, vor allem nach mehreren Terroranschlägen auf europäischem Boden. Die Bedrohung durch Terroranschläge verändert sich stetig und schnell. Diese Bedrohung ist vielgestaltig und kommt sowohl von innen als auch von außen. Sie hat zahlreiche Facetten, da es eine Vielzahl von Terrorismusformen gibt:



der sogenannten „islamistischen“ Terrorist, aber auch rechtsextremen und linksradikalen Terrorismus. Wenn wir diese, unsere europäischen Werte angreifende Bedrohung wirksam bekämpfen möchten, dann müssen wir wirksame, vielfältige und koordinierte Antworten haben!

Die terroristische Bedrohung betrifft uns alle: Sie betrifft die Europäische Union als Ganzes, da die Terroristen sehr leicht physische als auch nicht greifbare Grenzen überqueren können! Daher ist es unabdingbar, hierfür Antworten auf europäischer Ebene zu finden, sodass unsere Union einen echten Raum der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit aufbauen kann.

Dies sind unsere Vorschläge:

- > Wir haben unsere gesamte Politik zur Bekämpfung des Terrorismus auf ein grundlegendes Fundament zu stellen: **Die Ausgewogenheit zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und der Achtung der Grundrechte und der europäischen Werte!** Angesichts der Aufklärungsfeindlichkeit und angesichts der Verleugnung unserer europäischen Werte müssen wir Grundrechte verteidigen und unsere demokratischen Werte achten! Der Schutz der Privatsphäre ist ein Grundrecht. Wir müssen der Entwicklung einer Gesellschaft, in der durch eine allgemeine Überwachung jeder als Verdächtiger betrachtet werden würde, entgegenreten!
- > **Wir haben den Mehrwert der Europäischen Union in Hinblick auf den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zu maximieren!** Ohne Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen können wir die terroristische Bedrohung nicht bekämpfen. Die EU hat hierbei

eine entscheidende Rolle einzunehmen! Um dies zu erreichen, sollten die europäischen Behörden eingesetzt und gestärkt werden, zum Beispiel, indem Europol zu einer echten europäischen Polizeibehörde mit einem echten Initiativrecht ausgebaut wird. Die EDP begrüßt die **Gründung der einer gemeinsamen Nachrichtendienst-Akademie (Intelligence College in Europe) als ersten wichtigen Schritt hin zum Ausbau der Zusammenarbeit mit dem langfristigen Ziel der Gründung eines echten europäischen Nachrichtendienstes!**

- > **Wir haben den Terror an der Wurzel zu bekämpfen, indem wir unsere Bemühungen zur Bekämpfung der Radikalisierung intensivieren!** Wir können unsere Maßnahmen nicht auf die Maßnahmen der Sicherheitspolitik beschränken! Wir müssen unsere Gesellschaft genauestens betrachten: Integration, soziale Fürsorge, Beschäftigung - damit wir verstehen, warum Bürger, und insbesondere junge Menschen, sich radikalisieren. Die Bekämpfung der Radikalisierung erfordert es auch, die von Terroristen zur Verbreitung ihrer Propaganda genutzten Kanäle, und zwar sowohl im Internet als auch im Gefängnis, zu bekämpfen. Wir müssen sämtliche Mittel und all unser Wissen bündeln und sie zur rechtzeitigen Aufdeckung und Prävention der Radikalisierung und dort, wo bereits eine Radikalisierung stattgefunden hat, zur Entradikalisierung einsetzen.
- > Wir müssen den Terroristen ihre finanziellen Mittel und ihre Handlungsmöglichkeiten entziehen! Um Terroranschläge zu verhindern, müssen wir das Problem an der Wurzel packen: der Finanzierung. Daher müssen wir an mehreren Fronten kämpfen, genauso wie die terroristischen Organisationen. Die EU hat auch ihre politischen Maßnahmen bereits im Vorfeld zu verfolgen, um den Terroristen einen Schritt voraus zu sein, z. B. durch die Regulierung auftauchender Kryptowährungen.
- > Wir müssen die Terroristen verurteilen: Wir brauchen eine größere Harmonisierung zwischen den Mitgliedsstaaten! In den vergangenen Monaten ist nach dem Fall des Kalifats die entscheidende Frage der „Rückkehrer“ und der Gerichtsprozess gegen in Syrien, dem Irak oder auf kurdischem Gebiet verhaftete Personen aufgekommen. Dies gilt auch für Personen, die aus dem Gefängnis kommen. Über jeden muss ein Urteil gesprochen werden und jeder hat Rechte. Staaten

können dies nicht ignorieren. Die Union muss handeln, und zwar durch Harmonisierung der Strafen in den Mitgliedsstaaten, und durch Vorsehen von Mindeststrafen! Wir müssen auch die Kompetenzen der künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft auf schwere grenzübergreifende Kriminalität und Terrorismus ausweiten!

- > **Weitere Stärkung der Kontrolle der Außengrenzen der EU:** Das Bedürfnis, unsere Außengrenzen zu schützen, darf in keiner Weise dazu beitragen, dass Migration und Terrorismus miteinander verwechselt werden: Wir müssen uns daran erinnern, dass 70 % der Angriffe von europäischen Bürgern verübt werden! Dennoch muss unsere Europäische Union seine Außengrenzen schützen, vor allem durch die Europäisierung von Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache!

3.3 EINE GLOBALER UND PRAGMATISCHER MIGRATIONSANSATZ

Europa sieht sich derzeit einer der größten Migrationsherausforderungen seit dem zweiten Weltkrieg gegenüber. Die Ursachen sind bekannt: sich verändernde geostrategische Interessen, bewaffnete Konflikte, Diktaturen, Menschenrechtsverletzungen, schlechte Regierungsführung, Umweltzerstörung, Klimawandel, dauerhafte Armut. Die ergriffenen Maßnahmen der letzten Jahren waren einseitig und haben bei hohen Kosten kaum Ergebnisse erzielt. Dabei handelt es sich um bestimmte Maßnahmen, die aufgezeigt haben, dass die Wirkungen der Einwanderung nicht getrennt angegangen werden können. Migration erfordert einen umfassenden und integrierten Ansatz, der sich der Herausforderungen annimmt und zugleich die Vorteile der Einwanderung nutzt. Die lokalen und regionalen Ebenen müssen in den Entscheidungsfindungsprozess mit einbezogen werden. In der Tat sind Regionen und lokale Behörden nahe an etwaigen Problemen, Bedürfnissen und der realen Lage des Arbeitsmarktes dran. Bei diesen Kenntnissen handelt es sich um ein Schlüsselement für die Humanisierung der Migrationspolitik.

Dieser neue und umfassende Ansatz der EDP sollte auf den folgenden Achsen beruhen:

3.3.1 Gemeinsamer Grenzschutz an den Außengrenzen

Wir müssen Schengen reformieren. Die EDP befürwortet die Einführung einheitlicher Grenzkontrollstandards an den Außengrenzen



und die Einführung eines integrierten Systems für die Überwachung dieser Grenzen. Such- und Rettungsprogramme auf offener See und die Bekämpfung von kriminellen Netzwerken, die sich am Menschenhandel beteiligen, müssen koordiniert durchgeführt werden. Frontex' Maßnahmen durch Eurosur (Europäisches Grenzüberwachungssystem) müssen intensiviert werden und den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit geben, Bilder und Daten zur Lage an den Außengrenzen miteinander in Echtzeit auszutauschen.

3.3.2 Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern

Die Vorbeugung an der Quelle ist von grundlegender Bedeutung, um die massenhafte Ankunft von Immigranten an den europäischen Küsten zu drosseln. Eine derartige Zusammenarbeit muss in verschiedenen Gebieten erfolgen, um die Migrationsströme zu steuern und damit Frieden und Sicherheit zu gewährleisten, die Festigung der Demokratie zu fördern und das Wirtschaftswachstum über die Entwicklungshilfe hinaus anzuregen. Das neue von der EU im Juli 2016 genehmigte Migrationspartnerschaftsrahmenprogramm wurde im September 2017 positiv bewertet, sodass wir empfehlen, dieses Programm voranzutreiben, seine Umsetzung in Prioritätenländern zu vertiefen und es auf weitere Länder auszuweiten. Für den Einsatz von Fachkräften in Herkunfts- und Transitländern unterhält die EU in mehreren Ländern militärische und zivile Ausbildungsprogramme sowie Missionen zur Unterstützung der Demokratie, die ausgedehnt und vertieft werden sollten. Schließlich unterstützen wir in den Herkunftsländern die Sensibilisierung und Verbreitung wahrheitsgemäßer Informationen zu Risiken und Kosten der illegalen Überquerung und illegaler Aufenthalte in Europa unter Berufung auf die Emigranten, die selbst diese furchtbaren Erfahrungen gemacht haben.

3.3.3 Bekämpfung des illegalen Handels mit Einwanderern

Fast 90 % der Migranten, die Europas Küsten erreichen, tun dies durch die Vermittlung lokaler Mafiabanden, die mit den verschiedenen



Vereinigungen organisierter Kriminalität, die sich an Menschenhandel, Drogenhandel oder Geldwäsche beteiligen, auf der ganzen Welt in Verbindung stehen. Daher ist es notwendig, einen umfassenden, multidisziplinären und grenzüberschreitenden Ansatz in Erwägung zu ziehen, mit der eine operative Zusammenarbeit zur Ermittlung, Verfolgung und Bestrafung dieser Taten, zur Überwachung ihrer Finanzbewegungen und Nutzung technologischer Entwicklungen zur Aufdeckung von Dokumentenfälschungen, sowie zur Intensivierung der im Aktionsplan gegen Migrantenschleusung und im Rahmen des Eurojust zur Schleuserkriminalität zur Identifizierung von Hindernissen bei der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit vorgesehenen Mechanismen zu gestärkt wird.

3.3.4 Förderung der Rückkehr, Rückübernahme und Wiedereingliederungspolitik

Eine wirksame und menschengerechte Rückkehrpolitik ist ein Schlüsselement zur Abschreckung vor illegaler Einwanderung, und zwar sowohl für Einwanderer als auch für Mafiabanden und internationale kriminelle Organisationen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Rückkehrpolitik nicht voll wirksam und die Schleuser wissen dies durchaus. Daher ist es notwendig, die von den Mitgliedsstaaten angewandten Mechanismen auf verschiedene Weisen zu verbessern. Zuerst sollten wir die operative Zusammenarbeit und den Austausch über bewährte Praktiken zwischen den Mitgliedsstaaten, EU-Agenturen und den Herkunftsländern der Migranten vertiefen. Mitgliedsstaaten sollten das Potenzial der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache stärker nutzen und ihr das Recht geben, gerettete Einwanderer zu Häfen in sicheren Ländern zurück-zuführen, sowie den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds zur Unterstützung von Rückkehrmaßnahmen nutzen. Zu diesem Zweck sollte, in Anbetracht der Tatsache, dass das Ziel von 10.000 Mitarbeitern bis 2027 zu weit weg ist, FRONTEX' Personal aufgestockt werden. Zudem ist es unerlässlich, zwischen der Zuständigkeit und

den Rechten humanitärer NROs, Europäischen Agenturen und Behörden der Mitgliedsstaaten eine klare rechtliche Unterscheidung vorzunehmen.

3.3.5 Harmonisierung des Asylrechts

Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass das aktuelle System den Bedürfnissen nicht gerecht wird. Asylbewerber werden in den Mitgliedsstaaten nicht einheitlich behandelt. Dies ermutigt zur Sekundärmigration, „Asyl auf Nachfrage“, Missbrauch des Asylsystems und der Stellung von Anträgen in verschiedenen, vom derzeitigen Einwanderungsdruck bereits gesättigten Ländern, was einige davon dazu bewegt hat, Grenzkontrollen an innereuropäischen Grenzen wieder einzuführen. Zur Gewährleistung, dass Verantwortlichkeiten geteilt werden und dass kein Land unter weiterem Druck durch Migration steht, ist es nötig, Asylregelungen zu überprüfen, um so bessere Bedingungen zu schaffen. Die Reform würde das Asylsystem effizienter gestalten und die Missbrauchsbekämpfung erleichtern. Die Überarbeitung des Systems sollte eine größere Homogenität in den Asylverfahren, bei den Bedingungen zur Erlangung internationalen Schutzes und bei den Aufnahmebedingungen zulassen. Die Reform der Dublin-Verordnung, ein Schlüsselement des gemeinsamen Asylsystems, must abgeschlossen werden, weil sie festlegt, welches Land zuständig ist.

3.4 NEUAUSRICHTUNG UNSERER EUROPÄISCHEN HANDELSPOLITIK FÜR MEHR EFFIZIENZ UND AKZEPTANZ

Eine der Hauptanliegen des neuen Parlaments wird es sein, die wirtschaftlichen Interessen Europas in einem transparenteren und demokratischeren Rahmen bestmöglich zu wahren. Die Europäische Union muss besser auf Zollschranken reagieren und die Einhaltung der Standards stärker einfordern. Zudem ist das aktuelle Konzept der Aushandlung von Freihandelsabkommen durch die Europäische Kommission mit größter Geheimhaltung nicht länger tragbar.

Einerseits fühlen sich die Bürger dabei verdrängt: Die politischen Führungskräfte erklären die Verhandlungsmandate mit einer allgemeinen Teilnahmslosigkeit, gestatten die Ratifizierung des Abkommens zu Punkten, welche in die europäische Zuständigkeit fallen, und regen dann zu den Punkten, die in die eigene Zuständigkeit fallen, eine Bürgerdebatte für die Ratifizierung im Parlament an. Je nach ihren

nationalen Abläufen beziehen einige Staaten ihre Parlamente und die öffentliche Meinung mehr oder weniger in den Prozess mit ein. Eine Einbeziehung des Bürgers ist daher zu einer Zeit, wenn der Freihandel zu einer echten sozialen Frage wird, notwendig.

Die Vorschläge der Europäischen Demokratischen Partei sehen daher folgendes vor:

3.4.1 Wir müssen die Einbeziehung des Bürgers im Freihandels neu beleben, indem der öffentlichen Meinung gegenüber die Schlüsselrolle des Europäischen Parlaments bekräftigt wird: nämlich als Werkzeug der demokratischen Überprüfung von Abkommen (durch Ratifizierung), und indem nationale Parlamente als Werkzeuge der demokratischen Überprüfung ihrer Exekutive (welche die Verhandlungsmandate und von der Kommission ausgehandelten Abkommen validiert) beteiligt werden. Diese Debatten müssen vor der Erteilung eines Mandates an die Kommission stattfinden, sodass sie transparenter und konstruktiver sind. Das Europäische Parlament muss ebenfalls neue Verfahren zur Anregung einer aufgeklärten Bürgerdebatte entwickeln, welche die Vielfalt der Meinungen, zum Beispiel durch eine digitale Bürgerplattform, respektiert.

3.4.2 Unterstützung von Verträgen einer neuen Generation auf europäischer Ebene

- > bei denen es sich um echte Werkzeuge für den ökologischen Wandel handelt, indem die Pariser Verträge zu einer Grundvoraussetzung werden, ohne die das Abkommen null und nichtig wird. Diese legen allen, die ihre Klima-verpflichtungen verraten, direkte Kosten auf, und spiegeln das Engagement der Europäischen Gemeinschaft wider: Freihandel, ja, aber nicht jeder x-beliebige Handel.
- > welche noch höhere ökologische Anforderungen gegenüber entwickelten Ländern stellen. Die betroffenen Freihandelsverträge müssen sehr geringe Auswirkungen auf die Umwelt haben. Zum Beispiel durch die Nutzung umweltfreundlicher Transport- und Produktionsmittel (Beförderung durch Schiffe mit umweltfreundlichem Antrieb – Naturgas zum Beispiel –, neue umweltfreundliche Produktionsmittel usw.).

- > die den Mitgliedsstaaten das Recht garantieren, den öffentlichen Diensten die von ihnen festgelegten Aufgaben anzuvertrauen.
- > welcher das Vorsorgeprinzip in Hinblick auf Lebensmittelsicherheit stärken.
- > welche den Mitgliedsstaaten erlauben, auf der internationalen Bühne mit einer einzigen Stimme zu den Hauptakteuren zu sprechen (man beachte, dass China eine einzige Strategie zum Umgang mit Europa hat, und Europa hat 28 Strategien für den Umgang mit China.)

Die Europäische Demokratische Partei (EDP), gegründet durch François Bayrou und Francesco Rutelli im Jahr 2004, ist eine zentristische europäische politische Partei, welche politische Parteien und EU- Abgeordnete sammelt, die eine den darin lebenden Bürgern nähere Union wollen.

Als transnationale politische Bewegung, ist die Absicht der EDP der Aufbau einer europäischen Demokratie, die auf den gemeinsamen Werten von Frieden, Freiheit, Solidarität und Ausbildung beruht, mit der Ambition mit Stolz ihre Kultur in der zukünftigen Welt zu bekräftigen.

Die Mitglieder der Europäischen Demokratischen Partei haben gemeinsam das Wahlprogramm für die Europawahl 2019 vorbereitet, sodass sie ihre Vorschläge für ein besseres Europa vorstellen können.

Co-Präsidenten



François Bayrou



Francesco Rutelli

Generalsekretärin



Marielle de Sarnez

Generalvertreter



Gérard Deprez



Rue de l'Industrie 4 – B-1000 Bruxelles – Belgique

info@democrats.eu

 PDE / EDP – European Democrats

 @PDE_EDP

 europeandemocrats

www.democrats.eu

Realisiert durch die finanzielle Unterstützung des Europäischen Parlaments. Die zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind die der Autoren und entsprechen nicht notwendigerweise der Ansichten des Europäischen Parlaments.

2019.democrats.eu/de